

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 07/2024



Imagepflege statt nachhaltiger Politik: Vizebürgermeister Wiederkehr hat versagt

Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr (NEOS) muss sich totales Versagen in seiner bisherigen Amtszeit vorwerfen lassen. Sei es im Bildungs-, Integrations- oder Transparenzbereich. Vollkommen egal, was der Stadtrat angreift, es kommt zu keiner Verbesserung!

Während Wiens Schulen und Kindergärten mit akuten Problemen kämpfen, glänzt Wiederkehr vor allem durch teure Eigen-PR und fragwürdige Prioritäten. Eine rasche Kurskorrektur, um die vernachlässigte Bildungslandschaft der Stadt endlich wieder auf Vordermann zu bringen, ist unumgänglich und dringend notwendig.

Die Situation in Wiens Schulen ist – und das berichten auch im-

mer mehr Lehrer und Direktoren – schlichtweg desolat. Überfüllte Klassen und der Mangel an Lehrkräften belasten das Bildungssystem massiv. Wiederkehr hat es versäumt, frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um dem Lehrermangel und dem steigenden Bedarf an schulischer Infrastruktur entgegenzuwirken. Statt sich um Lösungen für Wiens Schüler zu kümmern, verschwendet Wiederkehr wertvolle Ressourcen auf Marketingpro-

jekte, die keinem Kind helfen. Besonders betroffen sind Schulen in den Wiener Außenbezirken, wo der Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften und Klassenzimmern besonders groß ist. Wien braucht Investitionen in die Schulinfrastruktur und die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen, um dem wachsenden Druck standzuhalten und eine bessere Lernumgebung für alle Kinder zu gewährleisten. Unsere Schulen werden immer mehr zur Spielwie-

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 www.fpoe-wien.at



StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann



Das Schweigen des Bürgermeister

Zuwanderer aus dem arabischen und dem afrikanischen Raum haben in Wien eine Gewaltspirale ausgelöst, die sich immer schneller dreht. Raub, Vergewaltigung oder gar Mord dominieren die Schlagzeilen.

Das Stadtoberhaupt Bürgermeister Ludwig hüllt sich in Schweigen. Diese unsägliche rote Willkommenspolitik hat bereits genügend Schaden angerichtet. Es ist Zeit für einen Kurswechsel: keine weitere Zuwanderung mehr nach Wien, keine Mindestsicherung für Nicht-Österreicher sowie rasche Abschiebung jener Zuwanderer, die gegen das Strafgesetz verstoßen haben.

Die Wiener haben die Schnauze voll davon, in Angst leben zu müssen.

se gescheiterter Integrations- und Multikulti-Phantasien, durchsetzungsstarke Maßnahmen wurden bis dato nicht ergriffen, auf substanzielle Reformen wartet man in der Bundeshauptstadt vergeblich. Wenn 16-Jährige die Uhr nicht mehr lesen können und die Mehrheit der Kinder in Favoritner Volksschulen nicht mehr Deutsch sprechen, muss man sich fragen, wer hier eigentlich noch wen integriert. Statt Verantwortung zu übernehmen, versteckt sich Wiederkehr hinter schönen Worten und leeren Versprechungen, während die Realität an den Schulen täglich schlimmer wird.

Die dramatischen Zahlen, wie etwa der hohe Anteil an Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen, sind ein klarer Beweis für das Scheitern Wiederkehrs auf allen Ebenen. Nun, gute Ratschläge erteilen zu wollen aber dabei nicht einmal im eigenen Verantwortungsbereich Taten zu setzen, ist geradezu grotesk und macht deutlich, dass Wiederkehr vollkommen ungeeignet ist.

Die Zustände in Wien sind direkte Folgen von unkontrollierter Massenzuwanderung und der Weigerung der Stadtregierung, klare Regeln durchzusetzen. Der stetige Zustrom von Zuwanderern, darunter auch radikalisierte Islamisten, erschwert nicht nur die Integration, sondern gefährdet langfristig das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt. Auch Wiens Kindergärten leiden unter verfehlten Entscheidungen des Bildungstadtrats. Jahrelang

hat es Wiederkehr vernachlässigt, die Kindergärten sowohl personell als auch infrastrukturell aufzustocken. Die Folgen sind gravierend: Überlastete Betreuerinnen, zu große Gruppen und fehlende Ressourcen führen zu einer angespannten Betreuungssituation. Statt den Fokus auf die frühkindliche Bildung zu legen und die Qualität in den Kindergärten zu heben, setzt Wiederkehr auf oberflächliche Marketingmaßnahmen oder gender-Indoktrinierung der Kleinsten.

Verschwendung von Steuergeldern für Eigen-PR auf Social Media.

Als wäre der Zustand in Schulen und Kindergärten nicht besorgniserregend genug, sorgt auch die jüngste Kritik des Rechnungshofs für Aufsehen: Wiederkehr habe öffentliche Gelder in teure und oftmals ineffektive Socialmedia-Kampagnen investiert, deren Nutzen für die Stadt Wien unklar sei. Statt für Wiens Kinder und deren Bildung einzutreten, konzentriert sich Wiederkehr darauf, sein eigenes Image zu pflegen.

Wiens Bildungssystem braucht dringend mehr Lehrkräfte, kleinere Klassen, ausreichend Kindergartenplätze und eine langfristige Strategie zur Entlastung der Pädagogen und Betreuer. Wer Kinder und Familien im Stich lässt, verspielt die Zukunft unserer Stadt.

Statt Eigenwerbung und ineffizienten PR-Projekten müssen die Interessen der Wiener Kinder an erster Stelle stehen.



Desaster um U2/U5-Bau in Wien

Die öffentliche Verkehrspolitik im Chaos

Der Ausbau der Wiener U-Bahnlinien U2 und U5 entwickelt sich zunehmend zu einem teuren Fiasko und bringt die Verkehrspolitik der Stadt Wien in Verruf. Was als Prestigeprojekt für die Modernisierung und Erweiterung des öffentlichen Verkehrs gefeiert wurde, hat sich mittlerweile zu einem Albtraum für Pendler und Anrainer gewandelt. Verzögerungen im Bauablauf, Budgetüberschreitungen und mangelnde Transparenz prägen das Bild.

Täglich müssen tausende Wienerinnen mit Zugausfällen, Umleitungen und chaotischen Baustellensituationen kämpfen. Besonders betroffen sind zentrale Knotenpunkte, die eigentlich zur Entlastung

des städtischen Verkehrs beitragen sollten, nun jedoch zu Verkehrshindernissen geworden sind. Die Stadtregierung scheint allerdings weder ein Konzept noch die nötige Flexibilität zu haben, um die Problematik zu entschärfen.

Experten kritisieren die Planungsfehler und die unrealistische Einschätzung der Bauzeiten, die seit Beginn des Projekts offensichtlich seien. Die Stadtregierung verspricht zwar Besserung, doch das Vertrauen der Bevölkerung ist nachhaltig erschüttert. So stellt sich die Frage: Wer trägt die Verantwortung für dieses Verkehrschaos und wann wird Wien endlich wieder einen funktionierenden, öffentlichen Verkehr bieten können?

Wieder kein Heizkostenzuschuss für die Wiener

Während viele Bundesländer bereits Heizkostenzuschüsse aus zahlen, lässt die rot-pinke Stadtregierung viele Wiener im Stich. SPÖ-Sozialstadtrat Peter Hacker zeigt erneut, dass soziale Gerechtigkeit für Menschen mit geringem Einkommen in Wien keine Priorität hat.

Zum wiederholten Mal wurde von den Wiener Freiheitlichen im Gemeinderat ein Antrag zur Wiedereinführung eines Heizkostenzuschusses eingebracht. Dieser wurde 2012 von Rot-Grün ersatzlos gestrichen. Der geforderte Zuschuss von 250 Euro pro Monat soll

in der Winterperiode (November 2024 bis März 2025) Arbeitslosengeld-, Notstandshilfe-, Sozialhilfe- und Pensionsbeziehern mit geringem Einkommen zukommen.

Kärnten, Oberösterreich und Vorarlberg machen es vor - sie unterstützen ihre Bürger in der Teuerungskrise. Es ist beschämend, dass Wien die Schwächsten unserer Gesellschaft weiter im Stich lässt.



Vizekanzler Babler wäre das Aus für den Lobautunnel

Der 22. Wiener Gemeindebezirk macht schon jetzt ein Viertel der Stadtfläche Wiens aus und wächst rasant weiter. Allerdings ist die Donaustadt nur durch eine einzige Brücke mit dem südlichen Umland verbunden.

Ungeachtet dieser Problematik hat sich der SPÖ-Partei-vorsitzende Babler noch kurz vor der Nationalratswahl ausdrücklich gegen den Bau des Lobautunnels ausgesprochen.

Es ist anzunehmen, dass sich im Falle einer SPÖ-Regierungsbeteiligung ein dann wohl roter Verkehrsminister daran halten wird. Diese verantwortungslose Verweigerung einer vernünftigen Verkehrslösung gereicht Wien und seiner Bevölkerung zum Schaden.

Maximilian Krauss
FPÖ Klubobmann



Schutz der Wiener Würstelstände!

Ab 1. Jänner 2025 gilt in Österreich das Einwegpfand, was vor allem für die traditionsreichen Wiener Würstelstände zu einem massiven Problem werden könnte. Wiens Würstelstand-Sprecher René Kachlir fordert vernünftige Lösungen, denn das kommende Pfandsystem für Einweggebinde, von der PET-Flasche bis zur Getränkedose, ist für die Standler aber alles andere als praktikabel.

Ab 1. Jänner müssen die Würstelstandler wie jede andere Verkaufsstelle Einweggebinde anneh-

men und pro Stück 25 Cent dafür zurückzahlen – und das nicht nur für die Getränke, die sie selbst verkauft haben.

Gerade am Abend oder am Wochenende, wenn Supermärkte geschlossen haben, könnten sie als Rückgabestellen erhalten müssen. Eine Ausnahmeregel für diese Form von Kleinstbetrieben ist also unumgänglich, Deutschland macht vor, dass dies funktionieren kann. Ein entsprechender Antrag wurde von der

Wiener FPÖ eingebracht, allerdings ohne Rücksicht auf die Standler von SPÖ, NEOS und Grünen abgelehnt.



Selbstbestimmung statt EU-Regulierungswut

Seit fast fünf Jahren darf in Wirtschaftshäusern, Cafés und Bars nicht mehr geraucht werden. Nun könnte aufgrund einer Empfehlung der EU-Kommission das Rauchverbot auf die Schanigärten ausgeweitet werden. Obwohl Nichtraucher

durch das bereits bestehende Verbot ausreichend geschützt sind, will man noch einen Schritt weitergehen, der für Gastronomen an Schikane und für Raucher an Entmündigung grenzt.

Der Regulierungswahn der EU erhält mit dem nun geplanten Rauchverbot auf öffentlichen Plätzen und in Schanigärten eine neue Qualität. Da diese Idee einerseits zu einem massiven Schaden in der heimischen Wirtschaft - allen voran der Gastronomie - führen wird und auch der Umstand, dass den Menschen immer mehr vorgegeben wird, wie sie zu leben haben, ist sie aus freiheitlicher Sicht strikt abzulehnen.

Da muss man sich fragen: Was kommt als Nächstes? Das

Verbot von frittiertem Essen, weil das Fett der Gesundheit schadet? Oder die Reglementierung des Zuckerverkaufs? Den Menschen muss wieder mehr Selbstverantwortung zugestanden werden anstatt sie mit immer neuen Regularien zu überhäufen. Selbstbestimmung über das eigene Leben ist ein hohes Gut und darf nicht permanent eingeschränkt werden.

